

Sozialdemokrat
Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag tags 1 mal.

Redaktion und Verwaltung: Drag 11., Nejjanska 18. + Trieboden: 26703. 31469. + (Nachdruckkosten): 26707 + Postamt: 57544

Der Protest der Botschafter.
Gegen Mißbrauch der internationalen Konzession.

Tokio, 26. Feber. (Reuter.) Die Botschafter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs stellten heute dem japanischen Außenminister Yoshizawa einen Besuch ab, wobei sie den Minister eindringlich ersuchten, daß die militärischen Operationen außerhalb des Territoriums der internationalen Konzession durchgeführt würden.

Die Kampffront unverändert.

Schanghai, 26. Feber. (Reuter.) Trotz den ungewöhnlich heftigen Angriffen der von Tanks und Flugzeugen unterstützten japanischen Infanterie kann man heute abends sagen, daß die Front, an der die Zusammenstöße erfolgten, seit gestern fast unverändert blieb.

Der Oberkommandant der 19. chinesischen Armee General Haijinskai entsendet an die bedrohteste Stelle in das zerstückelte Dorf Kiang-wang ununterbrochen neue Verstärkungen.

Die Masse soll es nun schaffen.

Die berichtet wird, befinden sich zwei weitere Divisionen japanischer Truppen am Wege nach Schanghai; die Ausbootsung derselben wird am 28. Feber beginnen.

Das japanische Kabinett beschloß ferner, einen neuen Kredit von zwanzig Millionen Yen für die Operationen in Schanghai bereitzustellen.

Wettrennen mit den neuen Zölle.

London, 26. Feber. Die Gesetzesvorlage über die Einfuhrzölle, die vom Unterhaus in allen drei Lesungen bereits verabschiedet worden ist, gelangt jetzt an das Oberhaus.

Schiedspruch im polnischen Streit abgelehnt.

Kattowitz, 26. Feber. In der Streitsache im Dombrower und Krosauer Kohlenrevier hat sich nichts geändert. Die Streikenden haben den Vorschlag der Regierung auf Beilegung des Kohlenstreits durch einen Schiedspruch der Regierung, dem sich sowohl die Industriellen als auch die Bergarbeiter unterwerfen müßten, abgelehnt.

25 Stimmen Mehrheit für Brüning.
Enttäuschte Nazi-Erwartungen.

Berlin, 26. Feber. Die mehrtägige Reichstagsdebatte wurde heute mit der Festsetzung des Termins für die Reichspräsidentenwahl und mit der Abstimmung über die zahlreichen Mißtrauensanträge gegen die Regierung und einzelne Minister abgeschlossen.

Von Nationalsozialisten, Deutschnationalen, der deutschen Volkspartei und den Kommunisten lagen Mißtrauensanträge gegen die Gesamtregierung vor, die in gemeinsamer namenslicher Abstimmung jedoch mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt wurden.

Die Mißtrauensanträge gegen den Reichswehrminister Gröner wurden sogar mit 305 gegen 260 Stimmen bei einer Enthaltung, gegen den Reichsfinanzminister Dietrich mit 291 gegen 250 Stimmen bei elf Enthaltungen abgelehnt.

In der vorausgegangenen Sitzung beantragten die Nationalsozialisten die Herabsetzung des Reichsfinanzministers Dietrich, weil einer von ihnen finanzpolitische Fragen an die Regierung richten wollte.

Sozialdemokraten gegen die Mißtrauensanträge.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte heute vormittag kurz vor Beginn der Plenarsitzung eine kurze Sitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, gegen sämtliche Mißtrauensanträge zu stimmen.

Die Harzburgfront geht klönen!

Berlin, 26. Feber. Die Nationalsozialisten haben in der Absicht, die Kandidatur des Stahlhelmführers Düstlerberg so viel als möglich zu schwächen, die Parole ausgegeben, die Harzburger Front sei tot und das Ergebnis des vom deutschen Nationalsozialismus gegen das bestehende Regime geführten Kampfes hänge jetzt einzig und allein von den Nationalsozialisten ab.

Der Herr Regierungsrat amtirt bereits

Berlin, 26. Feber. Die Eidesleistung des Regierungsrates Adolf Hitler hat heute nachmittags in der braunschweigischen Gesandtschaft

Blay erschienen war und dabei mit Heiterkeit begrüßt wurde, erhebt sich bei der Verkündung der Ablehnung des Antrages und verläßt unter stürmischer Heiterkeit der Mehrheit wieder den Saal.

Dietrich hielt später dann eine große Rede über die Finanzgebarung der Reichsregierung und über die Konstitution des Bankwesens.

Zur Abstimmung wurde dann auch ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen den Reichstagspräsidenten und ein deutschnationaler Antrag gestellt, wonach der Reichstagspräsident ersucht werden soll, sein Amt niederzulegen.

„Einstellung der Tributzahlungen“

— und doch Stimmenthaltung der Nazis!

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt der kommunistische Redner, die Nationalsozialisten hätten es nur darauf abgesehen, aus dem Saal gewiesen zu werden.

Tatsächlich stimmten die Halenkreuzler dann nicht für die Einstellung der Tributzahlungen, sondern enthielten sich der Stimme.

Die Frage, ob der Mißtrauensantrag gegen den für die ganze Funktionsperiode des Reichstags gewählten Reichstagspräsidenten überhaupt zulässig ist, wird dann mit 321 gegen 226 Stimmen verneint.

Curtius und Kardorff aus ihrer Fraktion ausgeschlossen.

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei teilt mit: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat nach dem Schluß der Plenarverhandlungen zu einer kurzen Sitzung zusammen.

Die Fraktion nahm davon Kenntnis, daß die Abgeordneten Dr. Curtius und von Kardorff an der Abstimmung über den völkseuropäischen Mißtrauensantrag nicht teilgenommen haben und dadurch in Folgewirkung des Fraktionsbeschlusses automatisch aus der Fraktion ausgeschlossen sind.

In Kreisen der Deutschen Volkspartei wird diese Entwicklung außerordentlich bedauert, die zwangsläufig zum Ausschluß zweier so allgemein geschätzter Männer führte.

Feindliche Brüder.

Wien, 26. Feber. In den Rosen-Sälen fand gestern eine Versammlung der Heimwehren statt, in welcher auch Starbemberg sprach. Während seiner Rede wurde er einigemal von Nationalsozialisten unterbrochen.

Agrarische Selbstentlarvung.

Die Agrarier haben bisher ihre Angriffe auf die Arbeitslosenfürsorge mit der Sorge um die wirklich Bedürftigen, die durch Mißbräuche geschädigt werden, zu maskieren versucht. Es fehlte nicht viel dazu, daß sich die Agrarier als die einzigen wirklichen Freunde der Arbeitslosen aufspielten.

Die Sachlichkeit fängt natürlich damit an, daß die Agrarier nichts zahlen wollen. In einem Atem verlangen sie, daß die Beiträge zum Hilfsfonds halbiert werden, daß also der ärmste Teufel von Kurzarbeiter für die Arbeitslosen beisteuert, daß aber die land- und forstwirtschaftlichen Unternehmungen von der Beitragsleistung befreit werden.

Iber wenn die Agrarier für die Arbeitslosenunterstützung nichts leisten wollen, so sind sie weit weniger enthaltsam, wenn es gilt in die Arbeitslosenfürsorge hineinzureden, wobei die Sachkenntnis unmaßig auf gleicher Höhe steht wie die soziale Gesinnung.

Neben diesen Kardinalpunkten gibt es noch ergänzende Einfälle von gleicher Schönheit. So zum Beispiel, daß Arbeitslose, die unbeschäftigt Unterstützung beziehen, neben der gerichtlichen Verfolgung auch noch administrativ bestraft werden sollen.









